

Beschluss

Verteilungsgerechtigkeit in GRÜN

Gremium: BAG Wirtschaft & Finanzen

Beschlussdatum: 06.12.2020

Antragstext

1 **Verteilungsgerechtigkeit als zentrales GRÜNES politisches Ziel**

2 Die Frage der Verteilungsgerechtigkeit bekommt vor dem Hintergrund der Corona-
3 Pandemie und ihrer Folgen, welche auch wiederum Ungleichheiten verstärken und
4 vor allem ärmere Länder, Frauen und Geringverdiener*innen stärker belasten, noch
5 einmal eine neue Dringlichkeit - denn nicht nur die direkten Folgen der Pandemie
6 verschärfen (globale) Ungleichheiten, sondern es drängt sich auch die Frage auf,
7 wer für die bereits beschlossenen und weitere folgende Ausgabeprogramme zur
8 Abfederung der wirtschaftlichen und sozialen Effekte der Krise aufkommt. Weder
9 sollte dies allein den Jüngeren aufgebürdet werden, die ohnehin schon
10 überproportional unter den Folgen heutiger Politik leiden werden, noch sollte
11 die Chance vertan werden, eine gerechtere Lastenverteilung innerhalb der sozio-
12 ökonomischen Gruppen der Gesellschaft anzustreben.

13 Und auch ohne Corona ist die Verteilungssituation in Deutschland ein großes
14 Problem. Dies beklagen nicht nur führende Denker*innen wie Navid Kermani, Maja
15 Göpel oder Marcel Fratzscher, sondern zeigt sich auch an folgenden ausgewählten
16 Zahlen:

- 17 • Im internationalen Vergleich gibt es in Europa mit Schweden nur ein
18 einziges Land, dessen Vermögen ungleicher verteilt ist als das in
19 Deutschland [1]
- 20 • Die reichsten 0,1 %, also 80.000 der 81 Millionen Deutschen, besitzen
21 über ein Fünftel des Vermögens während knapp die Hälfte der Deutschen so
22 gut wie kein Vermögen hat [2]
- 23 • Über die Hälfte des Vermögens ist geerbt - ein Großteil des Vermögens
24 verbleibt mit dieser Entwicklung in den Händen Weniger, und das über
25 Generationen hinweg und leistungslos. [3]
- 26 • Die Einkommensschere zwischen den höchsten und niedrigsten Einkommen ist
27 in den letzten Jahrzehnten immer weiter aufgegangen - nicht nur gefühlt
28 [4]

29 Doch wann ist Verteilung gerecht? 100% materielle Gleichheit können und wollen
30 wir nicht erreichen. Auf Zahlen und Wahrnehmungen in Bezug auf Vermögen und
31 Einkommen in Deutschland gehen wir im ersten Kapitel ein. Im zweiten Kapitel
32 umreißen wir wesentliche politische Schwerpunkte und im dritten Kapitel
33 prioritäre Maßnahmen, die wir in der kommenden Legislatur ergreifen möchten.

34 Hier ist uns wichtig, noch einmal übergreifend relevante Perspektiven
35 aufzuzeigen:

- 36 • **Aus einer ethischen Perspektive** ist der Umstand, dass Menschen in unserer
 37 Gesellschaft in Armut leben und ihre Bedürfnisse nicht erfüllen können,
 38 während bei anderen in der Gesellschaft Reichtum vorhanden ist,
 39 inakzeptabel.
 40 Es ist politisch zu ändern, dass die Konzentration der Vermögen bei
 41 Wenigen so stark ist, während rund 40 Millionen Menschen in Deutschland
 42 fast gar kein Vermögen haben; dass gleichzeitig über ein Fünftel aller
 43 Beschäftigten im Niedriglohnsektor arbeitet; dass jedes fünfte Kind in
 44 Armut lebt; dass auf das gesamte vererbte Vermögen in Deutschland gerade
 45 einmal 2% Steuern gezahlt werden, während sich die Steuerbelastung auf
 46 erarbeitetes Einkommen zwischen ca. 18% und ca. 40% bewegt; oder dass die
 47 „untere“ Hälfte der Gesellschaft fast gänzlich ohne Vermögen dasteht. Geld
 48 ist kein Selbstzweck, sondern ein Mittel zur Erfüllung von Bedürfnissen
 49 und Freiheiten.
- 50 • **Aus einer wirtschaftspolitischen Perspektive** ist zu konstatieren, dass
 51 eine Vielzahl an Studien dargelegt hat, wie eine zu hohe Ungleichheit der
 52 Wirtschaft schadet: Konzentrierte Wirtschaftsmacht unterhöhlt den fairen
 53 Wettbewerb. Extreme Vermögenskonzentration führt zu erhöhter Volatilität
 54 der Finanzmärkte und zu unproduktivem „rent-seeking“.
- 55 • **Aus gesellschaftspolitischer Sicht** haben beispielsweise Pickett/Wilkinson
 56 in einer wegweisenden Studie bereits 2009 festgestellt, dass sehr
 57 ungleiche Gesellschaften zumeist einhergehen etwa mit höherem
 58 Drogenkonsum, einer höheren Verbrechensrate, schlechterer Bildung mehr
 59 psychischen Erkrankungen, schlechterer Gesundheit, und schließlich mit
 60 einer niedrigeren Lebenserwartung.[5] Große Unterschiede bei der
 61 Einkommensverteilung führen außerdem zu Wohlstandsverlusten - für die
 62 gesamte Bevölkerung [6]. Hinzu kommt, dass ein relevanter Teil
 63 „gesellschaftlich Abgehängter“ den idealen Nährboden für politische und
 64 religiöse Extremisten darstellt und rechten und populistischen Kräften
 65 beim Ausspielen sozialer Gruppen hilft [7].

66 Vor diesem Hintergrund vertreten wir als BAG Wirtschaft und Finanzen mit diesem
 67 Papier die folgende These:

68 **Als Partei, die mittlerweile einen gesellschaftlichen und politischen Führungs-**
 69 **und Orientierungsanspruch formuliert, müssen wir Grüne das Thema der**
 70 **ökonomischen und gesellschaftlichen Ungleichheit stärker als bisher ins Zentrum**
 71 **unserer Politik rücken – „Verteilungsgerechtigkeit“ muss auch als zentrales**
 72 **Grünes politisches Ziel wahrgenommen werden.**

73 **I. Der Ist-Zustand – Zahlen und Wahrnehmungen**

74 Vermögen – extreme Ungleichheit, auch im internationalen Vergleich

75 Bei den Vermögen ist die **Ungleichheit in Deutschland** groß. Ein Blick auf
 76 Abbildung 1 (Anhang) verdeutlicht die Spreizung anhand des Vergleichs der Netto-
 77 Privatvermögen (d.h. abzüglich aller Verbindlichkeiten): Während ein*e
 78 Erwachsene*r im obersten Prozent der Bevölkerung durchschnittlich rund 1 Mio.
 79 Euro besitzt, beläuft sich das Median-Nettovermögen, also das, das die
 80 Bevölkerung in zwei Hälften teilt, auf gerade einmal rund 26.000 Euro.
 81 Zusammengenommen besitzen die unteren 40% der Vermögensskala überhaupt kein
 82 Nettovermögen, weitere 10% fast nichts [4]. Grob gesagt hat also knapp die
 83 Hälfte der Deutschen schlichtweg kein Vermögen, während die andere Hälfte ca. 5-

84 10.000 Milliarden Euro an Privatvermögen besitzt [8] - die Erhebungsmethoden
85 variieren hier.

86 Hinter diesen abstrakten Zahlen verbergen sich ganz **persönliche Schicksale**.
87 Millionen Menschen in diesem Land, die in akuter Armut leben, oder an den Rand
88 zur Armut gedrängt werden. Menschen, die sich für die Reparatur der
89 Waschmaschine oder den Schulausflug der Tochter verschulden oder ihn sich
90 einfach nicht leisten können; und Menschen, die sich in der Mitte des Monats
91 Gedanken machen müssen, wie sie ihre Familie für die nächsten zwei Wochen
92 ernähren.

93 Die Kluft zwischen diesen beiden Polen wird nicht kleiner, sondern größer. Diese
94 Unwucht schlägt sich auch im **internationalen Vergleich** nieder: Im Euro-Raum hat
95 Deutschland nach Schweden die zweithöchste Vermögensungleichheit, in den übrigen
96 Euro-Staaten ist der Unterschied geringer.

97 Ein großer Teil des **privaten Vermögens** in Deutschland konzentriert sich auf die
98 oberen 10% der Bevölkerung – sie besitzen rund zwei Drittel des gesamten
99 Vermögens. [2]

100 Während in den letzten 25 Jahren das Vermögen der unteren Hälfte der Bevölkerung
101 stagnierte, hat es die obere Hälfte verdoppelt.[9] Dazu trägt bei, dass
102 **vermögensbezogene Steuern** in Deutschland stark unterdurchschnittlich erhoben
103 werden – sie betragen gerade einmal ein knappes Prozent des BIP, während es in
104 Frankreich oder Großbritannien fast vier sind. Nur sieben OECD-Staaten haben ein
105 geringeres Aufkommen aus vermögensbezogenen Steuern, 27 ein höheres.

106 Durch **Vererbung** wird diese Ungleichheit in der Gesellschaft strukturell
107 verfestigt. Derzeit wird das Versprechen, dass sich durch eigene Leistung ein
108 vergleichbar auskömmliches Leben ermöglichen lässt, in vielen Berufssparten
109 nicht eingelöst. Kaum jemand schafft es heutzutage durch die eigene Arbeit reich
110 zu werden oder sich bei Negativzinsen ein Vermögen anzusparen. Ein weiterer
111 Grund dafür sind die in Ballungszentren stark gestiegenen Miet- und
112 Immobilienpreise. Wer erbt, kann in guten Lagen leben, wer nicht erbt, kann sich
113 oft gar kein Wohneigentum leisten. Dabei basiert Erben auf dem Zufall der
114 Geburt.

115 Ein Großteil der Vermögen in Deutschland sind **Immobilienvermögen**. Deutschland
116 hat im Vergleich mit anderen Ländern einen relativ hohen Mieteranteil, was ein
117 Grund für den hohen Anteil derjenigen ist, die (fast) gar kein Vermögen
118 besitzen.

119 Wie aus Abbildung 2 hervorgeht, haben sich in den letzten Jahren insbesondere
120 die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung – die naturgemäß nur Menschen mit
121 entsprechendem Vermögen erzielen können – deutlich erhöht, besonders für die
122 obersten Dezile der Verteilung. Dies ist zurzeit ein entscheidender Treiber der
123 Ungleichheit.

124 Dies sind nur beispielhafte Daten eines Befundes, der jedoch quer durch die
125 allermeisten Studien eindeutig ist: Während die Ungleichheit der Einkommen auch
126 im Vergleich mit anderen Industriestaaten in Deutschland eher unauffällig oder
127 sogar unterdurchschnittlich ist, ist die Vermögensungleichheit
128 überdurchschnittlich hoch.

129 Aus diesem Grund erachten wir es für folgerichtig, sich bei der Bekämpfung der
130 Ungleichheit insbesondere auf die Entwicklung und Besteuerung von Vermögen zu

131 konzentrieren. Das bedeutet nicht, dass es nicht auch im Einkommensbereich
132 Korrekturbedarf gibt – aufgrund der gestiegenen Ungleichheit der
133 Einkommensentwicklung (siehe unten) braucht es auch Steuererhöhungen bei höheren
134 Einkommen sowie eine Erhöhung der Einkommen am unteren Ende z.B. für
135 Pflegekräfte und Erzieher*innen. Hier sind unter anderem die Tarifparteien
136 gefordert und wir befürworten die dazu erforderlichen politischen
137 Entscheidungen, wie z.B. die deutliche Erhöhung des Mindestlohns. Zudem braucht
138 es ein entschiedenes Vorgehen gegen die mögliche Ausbeutung europäischer und
139 internationaler Arbeitnehmer*innen in Deutschland, die grundlegende
140 Arbeitsrechte regelmäßig verletzt und Druck auf Löhne am unteren Ende der
141 Einkommensleiter unter Druck setzt. Diese Maßnahmen werden das Problem zu hoher
142 Ungleichheit jedoch nicht effektiv genug angehen können. Denn insbesondere im
143 Vermögensbereich findet heute eine viel zu geringe Korrektur der Markteinkommen
144 statt und die Schere bei Vermögen geht in der Folge (noch) viel stärker
145 auseinander als bei den Einkommen. Hinzu kommt, dass es im Vermögensbereich
146 einen erheblichen selbstverstärkenden Effekt gibt, da Vermögen im Regelfall ohne
147 weiteres Zutun wachsen und dabei geringer besteuert werden, während dies bei
148 Erwerbseinkommen nicht der Fall ist. Durch den frühzeitigen Zugang breiter
149 Bevölkerungsschichten zu Vermögen wird diesen ermöglicht, ihre Lebens- und
150 Erwerbsbiografie unabhängig vom Familienhintergrund bestmöglich zu gestalten.

151 Einkommen – gestiegene Ungleichheit, aber international im Mittelfeld

152 Wie Abbildung 3 zu entnehmen ist, verlief die Entwicklung der Einkommen – hier
153 gemessen als Haushaltsnettoeinkommen – über die letzten ca. 30 Jahre sehr
154 unterschiedlich: Während die einkommensschwächsten 10% heute real weniger
155 Einkommen zur Verfügung haben als 1991, ist das Einkommen der obersten 10% der
156 Haushalte um über 35% gestiegen – und dabei naturgemäß von sehr
157 unterschiedlichen Niveaus kommend. Die dazwischenliegenden Dezile konnten ihre
158 Einkommenssituation alle insgesamt verbessern, wenn auch mit erheblichem Abstand
159 sowohl zum obersten wie auch zum untersten Dezil. Während also im „Mittelfeld“
160 die Entwicklung recht gleichförmig verlief, stechen die Enden der
161 Einkommensverteilung hervor – dort hat sich die Spreizung deutlich erhöht.

162 Im internationalen Vergleich liegt Deutschland im unteren Mittelfeld der
163 Einkommensungleichheit unter den OECD-Ländern – gemessen am Gini-Koeffizienten
164 haben 13 Staaten eine gleichere Verteilung, 20 eine ungleichere.

165 Öffentliche Güter, Infrastruktur und Wahrnehmungen von Ungleichheit

166 Ungleichheit manifestiert sich nicht nur in Zahlen des individuellen Einkommens
167 oder Vermögens: Laut einer Studie des Ökonomen und Soziologen Oliver Nachtwey
168 hatten sich beispielsweise viele Menschen, die mittlerweile AfD wählen, schon
169 von der Demokratie verabschiedet, bevor 2015 eine große Zahl Geflüchteter nach
170 Deutschland kam. Weder davor noch danach ging es ihnen materiell spürbar
171 schlechter, doch nun fühlten sie sich „abgehängt“. In qualitativen Interviews
172 stellte sich heraus, dass geschlossene Schwimmbäder, eingestellte
173 Bahnverbindungen oder dichtgemachte Musikschulen erheblich zum subjektiven
174 Gefühl des „Abgehängtwerdens“ beigetragen haben, das sich nun unter anderem in
175 der Sympathie für die AfD einen Ausdruck suchte. Orte, an denen sich alle
176 Menschen der Gesellschaft treffen, sind weniger geworden, und der demografische
177 Wandel verstärkt diese Trends zum Teil. Während sich Menschen mit höherem
178 Einkommen und Vermögen wiederum häufig in die andere Richtung abkoppeln und
179 eigene, exklusive Strukturen aufbauen. Das spiegelt sich auch in den

180 Wohngebieten wider, die immer weniger durchmischt sind oder in etlichen Städten
181 und Dörfern, die zum Teil leer stehen. Es liegt nahe, dass all dies zum „Gefühl“
182 immer größerer Ungleichheit aus eingangs vorgestellter Umfrage beigetragen hat.

183 Gleichwohl kommen “Wahrnehmungen“ der Ungleichheit entsprechend der Zahlen nicht
184 von ungefähr. Wie gesehen ist die Vermögensungleichverteilung in Deutschland
185 extrem hoch und steigt u.a. aufgrund der Entwicklung auf dem Immobilienmarkt
186 weiter an. Und auch wenn die Einkommensungleichheit im internationalen Vergleich
187 nicht extrem groß ist, ist eine Stagnation bei den unteren Einkommen im
188 Zusammenhang mit der Steigerung der höheren Einkommen eine reale
189 Verschlechterung des Versprechens, dass sich Leistung und bestimmte
190 gesellschaftlich sinnvolle Berufe „lohnen“. Wer heute Supermarktkassierer*in
191 ist, erhält eben nicht gleichermaßen ihren*seinen „Anteil vom Kuchen“, wie es
192 durch die soziale Marktwirtschaft und ihr Wachstum versprochen wird.[10]

193 **II. GRÜNE Schwerpunkte in der Verteilungsdebatte**

194 Die Definition eines quantitativen politischen Ziels im Bereich von Ungleichheit
195 und Verteilung ist schwierig bis unmöglich – anders als in manchen anderen
196 Politikbereichen, in denen etwa 1,5-Grad-Ziele, Ausstiegsdaten oder zu
197 erreichende Zahlen festgelegt werden können.

198 Die Abwesenheit konkreter Zielvorstellung erschwert die Debatte, denn es gibt
199 kein politisch gesetztes Leitbild, an dem sich bestimmte Maßnahmen messen lassen
200 könnten. Die Frage, ab wann eine Gesellschaft komplett gerecht sei, ist nicht
201 wirklich belegbar. Doch was uns Empirie und Umfragen immer wieder zeigen: In
202 Deutschland ist die Schwelle zu einer zu großen Ungleichheit deutlich
203 überschritten. Die vier zentralen Ziele Grüner Verteilungsgerechtigkeit sollten
204 die Folgenden sein:

- 205
- 206 1. Faire Besteuerung der vormögendsten Teile der Bevölkerung und leistungsloser
207 Einkommen
- 208
- 209 2. Vermögensaufbau bei den nicht vermögenden Teilen der Bevölkerung
- 210
- 211 3. Ausbau der öffentlichen Infrastruktur für alle mit Fokus auf kommunale
212 Angebote vor Ort
- 213
- 214 4. Abschmelzung der ungleichen Entwicklung bei den Einkommen und Abschaffung von
215 Einkommensarmut

216 Diese Bereiche lassen sich konkret messen und ihre Entwicklung verfolgen – die
217 Ziele und eventuelle Zwischenziele sind operationalisierbar und überprüfbar. Im
218 Folgenden sollen ausgewählte Maßnahmen für die einzelnen Bereiche dargestellt
219 werden.

220 **III. Prioritäre Maßnahmen**

- 221 1. Faire Besteuerung der vermögendsten Teile der Bevölkerung und
222 leistungsloser Einkommen

223 Die hohe Spreizung in der Verteilung und das schnelle Wachstum großer Vermögen
224 wollen wir zurückführen – nicht um Gier- oder Neiddebatten zu führen, sondern um
225 unser Gemeinwesen fair zu finanzieren, Startbedingungen gleicher zu gestalten
226 und die negativen gesellschaftlichen Folgen der Ungleichheit zu bekämpfen, inkl

227 der Aufteilung der Kosten für die Bekämpfung der Corona-Krise. Wir halten die
228 folgenden Instrumente für die entscheidenden:

- 229 • Ein Lastenausgleich in Form einer **einmaligen Vermögensabgabe** zur
230 Finanzierung der immensen öffentlichen Kosten durch die Corona-Pandemie,
231 damit diese nicht künftigen Generationen aufgebürdet werden. Der Bund geht
232 hier aktuell von ca. 1,5 Bio. Euro aus, die durch Corona zusätzlich an
233 Kosten auf die öffentlichen Kassen zukommen. Erhoben werden soll die
234 Abgabe progressiv und konzentriert auf das oberste Prozent der
235 Vermögenden. Die einmalige Vermögensabgabe kann zusätzlich begründet
236 werden durch die Rettung von Vermögen durch die Allgemeinheit während der
237 Finanzkrise von 2008 und durch die gefährliche Ungleichverteilung und
238 deren Effekte auf unsere Demokratie. Ihre Einnahmen sollen zur
239 solidarischen Finanzierung öffentlicher Güter genutzt werden, worunter
240 auch eine Entschuldung bzw. Entlastung strukturschwacher Kommunen gehören
241 kann (s. Punkt 3). Nicht verwendet werden sollten die Einnahmen zur
242 Verlängerung ökonomisch fragwürdiger Corona-Maßnahmen wie der
243 Umsatzsteuersenkung.
- 244 • Eine **Reform der Erbschaftsteuer** mit dem Ziel einer klaren, effektiven und
245 fairen Besteuerung. Dazu gehören die Abschaffung von Ausnahmetatbeständen,
246 Vergünstigungen und Steuerklassen, Vereinheitlichungen der Freibeträge und
247 einem klaren Erhebungssatz. Vor allem durch die Abschaffung der vielen
248 Ausnahmen erhöhen wir damit auch das derzeit sehr geringe Aufkommen der
249 Erbschaftsteuer von nur ca. 2 % des vererbten Vermögens trotz eines
250 Steuersatzes zwischen 7 und 50%. Hinsichtlich der Problematik der
251 Vererbung von Betriebsvermögen müssen zum einen Stundungsregelungen bei
252 der Reinvestition von Gewinnen in den Betrieb erweitert werden. Im Falle
253 von wirtschaftlichen Notständen sollten Nachrangregelungen eingeführt
254 werden. Man sollte auch Mitarbeiter*innen-Beteiligungen steuerrechtlich
255 umfassend erleichtern und der steuerlichen Behandlung von
256 Fremdeigentümer*innen mindestens gleichstellen. Dann könnten durch Bonus-
257 und Gehaltsumwandlungen in Firmenanteile Mittel für die Bezahlung der
258 Erbschaftsteuer freiwerden und gleichzeitig die Bindung und Identifikation
259 mit dem Unternehmen erhöht werden.
- 260 • Eine deutliche Anhebung und gerechtere Ausgestaltung der **Besteuerung von**
261 **Grund und Boden**. Langfristig sprechen wir uns für die Einführung einer
262 ökonomisch und ökologisch sinnvollen Bodenwertsteuer aus. Land- und
263 forstwirtschaftliche Flächen dürfen nicht als reines Anlage-Objekt dienen,
264 sondern soll denen gehören, die sie bewirtschaften. Die Möglichkeit des
265 steuerfreien Verkaufs von nicht selbst genutzten Immobilien nach zehn
266 Jahren möchten wir abschaffen. Ebenso fordern wir die Einführung eines
267 Planwertausgleichs auf Wertsteigerungen, die allein dadurch entstehen,
268 dass die Kommune durch das Baurecht Land aufwertet, z.B. durch Umwandlung
269 von zuvor nicht als Bauland nutzbaren Lands in Bauland.
- 270 • Maßgeblich ist eine Reform der **Bewertung von Häusern und Grundstücken** im
271 Vergleich zu Kapitalvermögen. Die anachronistischen Einheitswerte müssen
272 laut Bundesverfassungsgericht geändert werden, was die Grundlage für die
273 legale Wiedereinführung einer **Vermögensteuer** bedeuten könnte.

274 2. Vermögensaufbau bei den nicht vermögenden Teilen der Gesellschaft

275 Für eine gleichere Vermögensverteilung und fairere gesellschaftliche
 276 Ausgangsbedingungen braucht es auch Anreize und Unterstützung zum Aufbau von
 277 Vermögen von Menschen, die bislang keines oder nur ein sehr geringes haben.
 278 Naturgemäß überschneidet sich dies neben der Erbschafts- auch mit der
 279 Einkommensfrage, da für den Aufbau von Vermögen ohne Erbschaft (ein höheres)
 280 Einkommen notwendig ist. Für die wichtigsten Maßnahmen in diesem Bereichhalten
 281 wir die folgenden:

- 282 • Ein jährlich in Höhe der Einnahmen aus vermögensbezogenen Steuern
 283 gespeister **Bürger*innenfonds**, an den alle Bürger*innen einen Anspruch
 284 haben. Ein solcher Staatsfonds wäre unter Berücksichtigung von Sustainable
 285 Finance-Kriterien am Kapitalmarkt und zur Finanzierung Grüner
 286 Infrastrukturprojekte sowie grüner Startups aktiv. Aus dem Fonds könnte
 287 z.B. an jede*n Bürger*in ein „Startgeld“ ausgezahlt werden - wie von
 288 Piketty vorgeschlagen -, oder die anteilige Kapitalrendite wird jährlich
 289 ausbezahlt. In beiden Fällen fände eine klare Umverteilung zwischen
 290 Vermögenden/Erbsenden einerseits und der Gesamtheit aller Bürger*innen
 291 andererseits statt.
- 292 • Eine erhebliche **Verlagerung der Abgabenlast des Faktors Arbeit auf**
 293 **Ressourcen und Kapital**, um insbesondere Geringverdiener*innen in
 294 Anstellung und Selbstständigkeit zu entlasten.
- 295 • **Wirtschaftliche Bürger*innenrechte** zur gerechten Beteiligung im
 296 Dreischritt: Einkommen, Sicherheit, Mitbestimmung
 - 297 – Vermehrte und verbesserte Beteiligung von Beschäftigten, sowohl
 298 demokratisch als auch als Eigentümer*innen am Produktiveigentum -
 299 entsprechende Unternehmensmodelle wie zum Beispiel das
 300 Verantwortungseigentum sind hier zu unterstützen. Dazu fordern wir
 301 die Schaffung einer neuen Unternehmensrechtsform für die
 302 rechtssichere Ausgestaltung von Verantwortungseigentum.
 - 303 – Gewerkschaftliches Engagement ist zentral und die Stärkung von
 304 Gewerkschaften als demokratische Akteure wichtig
 - 305 – Die Überwindung der Zersplitterung von Betrieben muss ein Ziel sein,
 306 gegebenenfalls durch eine neue Betriebs-Definition und Anreize zur
 307 Schaffung von Interessenvertretungen oder Zusammenschlüssen von
 308 Solo-Selbständigen.

309 Entscheidend bleiben zudem unsere Grünen Forderungen nach

- 310 • einem Bürger*innenfonds als standardisiertes staatliches Basisprodukt für
 311 die Altersvorsorge, das die Riester-Rente ersetzt und jeder/m Bürger*in
 312 durch ein Opt-Out-Verfahren die Möglichkeit gibt, mit geringen Gebühren
 313 und Verwaltungskosten ein sicheres und nachhaltiges Vermögen für die
 314 Altersvorsorge aufzubauen.
- 315 • einer Neubelebung der Wohngemeinnützigkeit und von Genossenschaften im
 316 Wohnbereich, einem Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, sowie sinnvolle und
 317 zielgerichtete Förderung des Immobilienerwerbs

- Förderung von alternativen Anlageformen zum Vermögensaufbau: In Deutschland erfreut sich das Sparbuch großer Beliebtheit. Auch vor der Niedrigzinsphase wurden hier im Vergleich zu Alternativen (z.B. Aktienfonds, Immobilien, einzelne Unternehmensaktien) kümmerliche Renditen erzielt. Heutzutage muss man sich fragen, ob der erzielbare Zins noch oberhalb der Inflationsrate liegt. Ein Aufbau von Vermögen kann so nicht gelingen. Neben dem Basisprodukt könnte z.B. auch der o.g. Bürger*innenfonds eine solche Kapitalanlage sein.

Doch für viele Menschen im unteren Teil der Einkommens- und Vermögensverteilung geht es nicht allein um die eigene materielle Situation, in der sie sich befinden, sondern auch um die Frage, welche öffentlichen Güter ihnen gemeinschaftlich finanziert zur Verfügung stehen.

3. Ausbau der öffentlichen Infrastruktur für alle mit Fokus auf kommunale Angebote vor Ort

Wie bereits erwähnt, sollte der Kampf gegen Ungleichheit nicht allein auf Euro-Zahlen verkürzt werden. Eine **unterausgestattete öffentliche Hand** – und dabei sind insbesondere die Kommunen hervorzuheben, die häufig die „sichtbaren“ Leistungen vor Ort erbringen – führt ebenfalls zu gesellschaftlicher Spaltung. Und nicht zuletzt natürlich auch zu einer weiteren Belastung von Geringverdiener*innen, die beispielsweise mit ihren Kindern trotzdem einmal ins Schwimmbad möchten, aber dafür im Verhältnis erheblich mehr zahlen müssen. Gleiches gilt für andere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, die geschlossen oder durch (Teil-)Privatisierungen teurer wurden. Deshalb sind neue gemeinwohlorientierte und innovative Betreiber*innen- und Geschäftsmodelle zu prüfen und zu fördern, die die Situation verbessern. Zudem ist es richtig, Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge auch im öffentlichen Eigentum zu belassen bzw. dorthin zurückzuführen.

Zum Teil ist eine **gute öffentliche Infrastruktur** überhaupt erst notwendige Voraussetzung für die Erhöhung des Einkommens, etwa hinsichtlich guter und zeitlich flexibler Betreuungsmöglichkeiten für Alleinerziehende – gibt es die nicht, kann auch kein relevantes Einkommen erzielt und ggf. Vermögen aufgebaut werden. Dies betrifft insbesondere Frauen, da sie nach wie vor den Großteil der Erziehungsarbeit leisten (ob alleinerziehend oder nicht) und insgesamt immer noch ein erheblich niedrigeres Einkommen erzielen als Männer, wozu das Ehegattensplitting weiter seinen unrühmlichen Beitrag leistet.

Daneben spielt das **Bildungssystem** naturgemäß eine entscheidende Rolle bei der Reduzierung von Ungleichheit. Dort findet weiterhin größtenteils eine Reproduktion sozialer Verhältnisse statt – und an dieser Stelle müssen auch wir Grüne uns manchmal an die eigene Nase fassen, wenn wir unseren Schwerpunkt auf Studierende und Hochschulen legen und weniger etwa auf die Lage von Auszubildenden oder Weiterbildungsmöglichkeiten für gering Qualifizierte. Chancengleichheit darf sich hierbei nicht nur auf gleiche Zugangsmöglichkeiten beziehen, sondern muss bestimmte Gruppen auch entsprechend fördern – manchmal braucht es ungleiche Behandlungen, weil die Ausgangsbedingungen ungleich sind. Frühkindliche Bildung ist hier beispielsweise entscheidend.

Der Umfang der öffentlichen Infrastruktur, ihre Qualität und ihre **niedrigschwellige Zugänglichkeit** (durch günstige oder kostenfreie Nutzung öffentlicher Dienste) ist zentral dafür, dass Vermögen keine - oder zumindest

366 eine geringere - Rolle dabei spielt, ob Menschen am gesellschaftlichen Leben
367 teilhaben können. Sei es die öffentliche Bibliothek und damit der Zugang zu
368 Wissen, der gut ausgebaute ÖPNV als Zugang zu Mobilität, die Schulmensa, der
369 Park, das Jugendzentrum, das öffentliche Schwimmbad oder staatliche
370 Kultureinrichtungen , auch in dünn-besiedelten oder strukturschwachen Regionen:
371 Öffentlicher Raum, der für alle zugänglich ist und nicht nur als Auffangbecken
372 der Abgehängten dient (wer es sich leisten kann kauft sich "heraus"), ist der
373 Motor für eine gerechte Gesellschaft und ein Leben auf Augenhöhe. Deshalb sind
374 Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und der freie Zugang zu möglichst
375 weiten Teilen dieser "Grundversorgung für das (Zusammen-)Leben" zentraler Aspekt
376 Grüner Verteilungsgerechtigkeit.

377 Um bei der Versorgung mit öffentlichen Gütern auch über unsere nationalen
378 Grenzen hinweg zu gleicheren Lebensverhältnissen zu kommen, braucht es
379 Instrumente des **Finanzausgleichs** in der Europäischen Union, wie wir Grüne sie
380 seit Langem fordern.

381 4. Abschmelzung der ungleichen Entwicklung bei den Einkommen und Abschaffung 382 von Einkommensarmut

383 Im **Einkommensbereich** möchten wir unsere GRÜNEN Positionen weiterentwickeln, v.a.
384 durch:

- 385 • Anhebung des Spitzensteuersatzes für zu versteuernde Einkommen von
386 Einzelpersonen von über 100.000 Euro (für gemeinsam veranlagte, bis zur
387 Abschaffung des Ehegattensplittings, von über 200.000 Euro) auf 49%, und
388 von über einer Million auf 53%
- 389 • Überprüfung der über 500 Ausnahmeregelungen bei der Einkommensbesteuerung

390 Und wir bekräftigen unsere GRÜNEN Positionen für eine gerechtere
391 Einkommensbesteuerung und den Mindestlohn:

- 392 • Abschaffung der Ausnahmeregelung des Steuersatzes von 25% auf Einkünfte
393 aus Kapitalerträgen (Abgeltungssteuer), unter Berücksichtigung des
394 Problems des Halbeinkünfteverfahrens. Zur steuerlichen Gleichbehandlung
395 von Einkommen aus Arbeit und Kapital sollte die schrittweise Einführung
396 einer einheitlichen zinsbereinigten progressiven Einkommens- und
397 Gewinnsteuer, die auch Sozialabgaben einheitlich umfasst, diskutiert
398 werden.
- 399 • sofortige und spürbare Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro
400 pro Stunde

401 Ein erheblicher Teil der messbaren und wahrscheinlich auch der "wahrgenommenen"
402 Ungleichheit ergibt sich daraus, dass in Deutschland über ein Fünftel aller
403 Beschäftigten im Niedriglohnsektor arbeitet, das sind fast acht Millionen
404 Beschäftigte. Hinzu kommen die vielen in teils prekären Verhältnissen
405 arbeitenden Selbstständigen. In Europa befindet sich Deutschland damit im oberen
406 Feld, mit 24 europäischen Staaten, die einen kleineren, und nur neun Ländern,
407 die einen größeren Niedriglohnsektor haben. Seit 1997 ist die Anzahl der
408 Menschen im Niedriglohnsektor nahezu konstant gestiegen und nur in den letzten
409 zwei Jahren wieder etwas gesunken. Es erklärt sich von selbst, dass dies die
410 Ungleichheit in unserer Gesellschaft – wie auch das subjektive Gefühl des
411 „Abgehängtseins“ – erhöht.

412 Es fehlt auch in diesem **Bereich an „Wirtschaftlichen Bürgerrechten“**, die jeder/m
413 Arbeitnehmer*in und Selbstständigen ein adäquates Maß an Schutz, fairer
414 Entlohnung und Verhandlungsmacht verleihen müssen. Unsere GRÜNEN Forderungen
415 nach

- 416 • der Überwindung von Hartz IV durch eine sanktionsfreie Garantiesicherung
417 (s. auch BAG-Beschluss zu "Hartz IV hinter uns lassen")
- 418 • einer Eindämmung von prekären Beschäftigungsverhältnissen, Minijobreform
- 419 • Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen
- 420 • der Reduzierung von Leiharbeit
- 421 • einer Anhebung des Grundfreibetrags in der Einkommensteuer
- 422 • Abschaffung des Ehegattensplitting
- 423 • Abschaffung der Riesterreute und Ersetzung durch standardisiertes
424 staatliches Vorsorgeprodukt (s.o.)
- 425 • Einführung der Bürger*innenversicherung in der Kranken- und
426 Rentenversicherung
- 427 • Stärkung weiterer Garantieverprechen, z.B. Grundrente und
428 Kindergrundsicherung

429 sind daher auch in diesem Kontext richtig und wichtig. Ebenso möchten wir die
430 Einführung reduzierter Sozialversicherungssätze für geringverdienende
431 Selbstständige prüfen. Außerdem möchten wir Ansätze zur Aufstockung von
432 Erwerbseinkommen unterhalb des Grundfreibetrags mit einer negativen
433 Einkommensteuer oder einem Mehrwertsteuerbonus prüfen.

434 Auch die bereits genannte Stärkung der Mitarbeiter*innen-Beteiligung an Gewinnen
435 und Produktivkapital ist neben diesem Umbau der Besteuerung und der
436 Sozialsysteme notwendig.

437 Außerdem fordern wir eine Vergabe öffentlicher Aufträge nur an Unternehmen, die
438 sich an die Tarifbindung halten oder, wenn sie keiner unterliegen, die ILO
439 ("International Labor Organisation") Arbeitsnormen einhalten.

440 **All diese Maßnahmen** tragen nicht zuletzt dazu bei, die Akzeptanz einer
441 überfälligen ökologischeren Ausrichtung unseres Steuersystems zu erhöhen. Diese
442 wird an einigen Stellen zu - gewollten - Mehrbelastungen führen, die aber für
443 niemanden existenzbedrohend werden dürfen. Die verteilungspolitischen Wirkungen
444 einer dringend notwendigen ökologischen Steuerreform müssen wir immer im Blick
445 behalten, wie wir das mit unserer Forderung nach einem Energiegeld bereits heute
446 tun.

447 **Entscheidend bleiben zudem unsere GRÜNEN Forderungen nach**

- 448 • auf allen Ebenen konsequenter und notfalls auch unilateraler Bekämpfung
449 von **Steuerbetrug, Geldwäsche** und Steuersümpfen, die allein den sehr
450 Vermögenden nutzen. Damit Steuerpolitik in Zukunft Ungleichheit bei
451 Vermögen und Einkommen effektiv begrenzen kann, ist entscheidend, dass
452 auch in globalen Märkten Einkommen und Vermögen Steuerbürger*innen
453 vollständig zugeordnet werden können. Die gleichmäßige und faire
454 Besteuerbarkeit des Faktors Kapital ist daher im Globalisierungsprozess

455 ein strategisches Ziel für uns Grüne. Dazu wollen wir das Prinzip des
 456 automatischen steuerlichen Informationsaustausches in Europa und
 457 international systematisch ausweiten. Das gilt insbesondere für die
 458 wirtschaftlich Berechtigten hinter Briefkastenfirmen, Trusts und
 459 Immobilien. Deutschland muss hier noch erheblich stärker allein und im
 460 europäischen Rahmen ökonomischen Druck auf die Steuersümpfe aufbauen.
 461 Unternehmensgewinne und digitale Umsätze müssen stärker am Ort des Konsums
 462 besteuert und eine gemeinsame europäische Bemessungsgrundlage muss
 463 eingeführt werden. In Bezug auf die private Steuerflucht halten wir das
 464 Instrument der Steuerpflicht nach Staatsangehörigkeit nach dem Vorbild der
 465 USA für sinnvoll. Betrugereien wie die CumEx-Geschäfte müssen der
 466 Vergangenheit angehören und auch rückwirkend empfindliche Folgen nach sich
 467 ziehen.

- 468 • einer **einfacheren und weniger bürokratischen Unternehmensbesteuerung** mit
 469 weniger Ausnahmen und damit auch weniger Gestaltungsmöglichkeiten. Denn
 470 davon profitieren nur die großen Unternehmen und ihre Eigentümer*innen.
 471 Wichtig ist uns ein Mindeststeuersatz auf globaler Ebene, insbesondere für
 472 Digitalunternehmen. Auch dies würde zu einem faireren Lastenausgleich der
 473 Folgen der Corona-Krise beitragen.
- 474 • auch europäischen Ansätzen der Besteuerung, etwa durch eine **konsequente**
 475 **und umfassende Finanztransaktionsteuer** als EU-Eigenmittel

476
 477 Es ist auch darauf hinzuwirken, dass generell die Extraktion und Nutzung
 478 fossiler Rohstoffe im EU-Inland und bei Import aus dem EU-Ausland
 479 besteuert wird.

480 Außerdem möchten wir den unterbesteuerten Finanzsektor mehr am Steueraufkommen
 481 beteiligen und geeignete Instrumente definieren.

482 [1] Bundesbank

483 [https://www.bundesbank.de/resource/blob/794130/d523cb34074622e1b4cfa729f12a1276/-](https://www.bundesbank.de/resource/blob/794130/d523cb34074622e1b4cfa729f12a1276/-mL/2019-04-vermoegensbefragung-data.pdf)
 484 [mL/2019-04-vermoegensbefragung-data.pdf](https://www.bundesbank.de/resource/blob/794130/d523cb34074622e1b4cfa729f12a1276/-mL/2019-04-vermoegensbefragung-data.pdf)

485 [2] Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

486 [https://www.diw.de/de/diw_01.c.793802.de/publikationen/wochenberichte/2020_29_1/-](https://www.diw.de/de/diw_01.c.793802.de/publikationen/wochenberichte/2020_29_1/-millionaerinnen_unter_dem_mikroskop_datenluecke_bei_sehr_ho_geschlossen_-_konzentration_hoehere_als_bisher_ausgewiesen.html)
 487 [millionaerinnen_unter_dem_mikroskop_datenluecke_bei_sehr_ho_geschlossen_-_](https://www.diw.de/de/diw_01.c.793802.de/publikationen/wochenberichte/2020_29_1/-millionaerinnen_unter_dem_mikroskop_datenluecke_bei_sehr_ho_geschlossen_-_konzentration_hoehere_als_bisher_ausgewiesen.html)
 488 [konzentration_hoehere_als_bisher_ausgewiesen.html](https://www.diw.de/de/diw_01.c.793802.de/publikationen/wochenberichte/2020_29_1/-millionaerinnen_unter_dem_mikroskop_datenluecke_bei_sehr_ho_geschlossen_-_konzentration_hoehere_als_bisher_ausgewiesen.html)

489 [3] DIW Marcel Fratzscher

490 [https://www.diw.de/de/diw_01.c.794317.de/nachrichten/sollte_nicht_jeder_erben.ht-](https://www.diw.de/de/diw_01.c.794317.de/nachrichten/sollte_nicht_jeder_erben.html)
 491 [ml](https://www.diw.de/de/diw_01.c.794317.de/nachrichten/sollte_nicht_jeder_erben.html)

492 [4] DIW in Wirtschaftswoche vom 7. Mai 2019

493 [https://www.wiwo.de/politik/konjunktur/einkommensstudie-des-diw-die-deutschen-](https://www.wiwo.de/politik/konjunktur/einkommensstudie-des-diw-die-deutschen-werden-reicher-aber-nicht-alle/24311466.html)
 494 [werden-reicher-aber-nicht-alle/24311466.html](https://www.wiwo.de/politik/konjunktur/einkommensstudie-des-diw-die-deutschen-werden-reicher-aber-nicht-alle/24311466.html)

495 [5] Pickett/Wilkinson 2009

496 [https://www.researchgate.net/publication/257664917_Richard_Wilkinson_and_Kate_Pi-](https://www.researchgate.net/publication/257664917_Richard_Wilkinson_and_Kate_Pickett_2009_The_Spirit_Level_Why_More_Equal_Societies_Almost_Always_Do_Better_Allen_Lane_London)
 497 [ckett_2009_The_Spirit_Level_Why_More_Equal_Societies_Almost_Always_Do_Better_All-](https://www.researchgate.net/publication/257664917_Richard_Wilkinson_and_Kate_Pickett_2009_The_Spirit_Level_Why_More_Equal_Societies_Almost_Always_Do_Better_Allen_Lane_London)
 498 [en_Lane_London](https://www.researchgate.net/publication/257664917_Richard_Wilkinson_and_Kate_Pickett_2009_The_Spirit_Level_Why_More_Equal_Societies_Almost_Always_Do_Better_Allen_Lane_London)

499 [6] Hans-Böckler-Stiftung [https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-weniger-](https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-weniger-unterschiede-bei-den-einkommen-stabilere-wirtschaft-8912.htm)
 500 [unterschiede-bei-den-einkommen-stabilere-wirtschaft-8912.htm](https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-weniger-unterschiede-bei-den-einkommen-stabilere-wirtschaft-8912.htm)

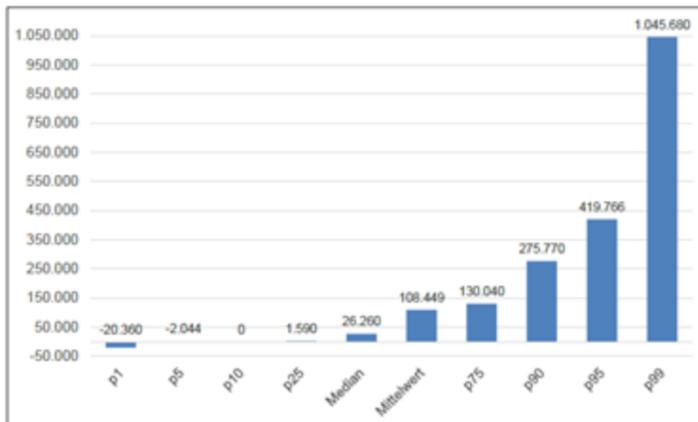
501 [7] Oliver Nachtwey, Die Abstiegs-gesellschaft

502 [8] Bundesbank, Destatis, DIW, Statista

503 [9] [https://selten.institute/wp-](https://selten.institute/wp-content/uploads/2020/03/ECONtribute_Die_Verteilung_der_Verm%C3%B6gen_de_summary-pdf)
504 [content/uploads/2020/03/ECONtribute_Die_Verteilung_der_Verm%C3%B6gen_de_summary-](https://selten.institute/wp-content/uploads/2020/03/ECONtribute_Die_Verteilung_der_Verm%C3%B6gen_de_summary-pdf)
505 [pdf](https://selten.institute/wp-content/uploads/2020/03/ECONtribute_Die_Verteilung_der_Verm%C3%B6gen_de_summary-pdf)

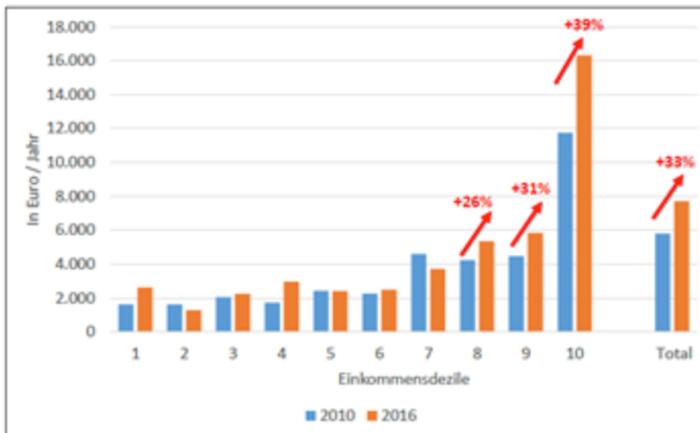
506 [10] s. auch Widerlegung des „trickle down“ Effekts in: Maja Göpel, Unsere Welt
507 neu denken

Anhang



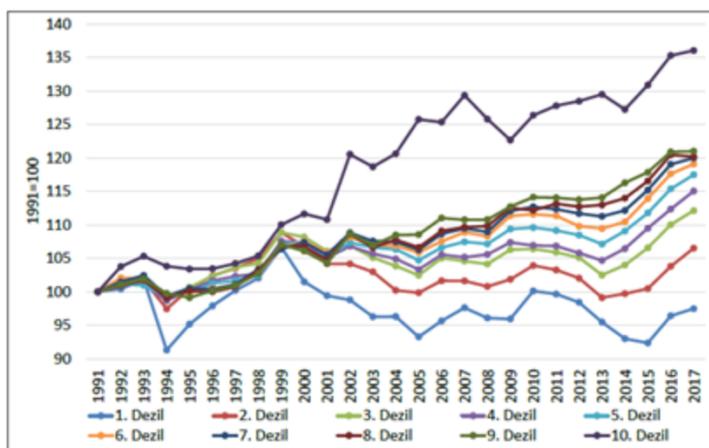
Quelle: SOEPv35, individuelle Vermögen der Erwachsenen in Privathaushalten

Abb. 1: Ausgewählte Perzentile des individuellen Nettovermögens, 2017



Quelle: SOEPv34, Personen in Privathaushalten

Abb. 2: Durchschnittliche Höhe der Einnahmen aus Vermietung/Verpachtung nach Dezilen



Quelle: SOEPv35, Personen in Privathaushalten, bedarfsgewichtet.

Abb. 3: Indexierte Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommen nach Dezilen